

Post-Filiale wird modernisiert

Stans Die Stanser Postfiliale ist ein wichtiger Eckpfeiler des Postangebots im Kanton Nidwalden, ihre Räumlichkeiten jedoch nicht mehr zeitgemäss. Deshalb investiert die Post in einen neuen Auftritt, modernisiert die Filiale und passt sie an die Bedürfnisse von heute an. Die Bauarbeiten starten gemäss einer Medienmitteilung aus der Post-Kommunikationsabteilung Region Mitte am 14. September und dauern bis Ende Januar 2021. Während des Umbaus bedient die Post ihre Kundinnen und Kunden in einem Provisorium auf der Rückseite des Gebäudes am Bahnhofplatz 3, im Durchgang zwischen der Post und dem Gartencenter Kuster. Hier können während des Umbaus zu den gewohnten Öffnungszeiten Postgeschäfte erledigt und Bargeld vom Postfinance-Konto abgeboben werden. Der Postomat steht für Bargeldbezüge während des Umbaus nicht zur Verfügung.

«Voraussichtlich Anfang Februar 2021 stellen wir die neu gestaltete Filiale den Stanserinnen und Stansern vor», freut sich Teamleiter Nik Rohrer: «Die grosszügige Kundenzone wird hell und modern eingerichtet, die Schalter offen gestaltet sein.» Die Öffnungszeiten bleiben unverändert.

Bis heute hat die Post bereits über 100 Filialen modernisiert. Im Kanton Nidwalden erneuerte sie im Herbst 2019 die Filiale Buochs. (pd/sez)

CSP sagt Ja zu Millionenkrediten

Sarnen Die CSP-Ortspartei unterstützt, auf Antrag des alt Gemeinderatspräsidenten Ludwig Krummenacher, alle Geschäfte der Gemeinde Sarnen an der Versammlung vom 8. September. Dabei geht es, neben der Rechnung 2019, um Kredite für den Kauf des Provisoriums der Obwaldner Kantonalbank, die Sanierung des Hallenbades Obwalden, die Anschaffung von ICT-Geräten für die Schule und den Kauf der Fotovoltaikanlagen. Alles in allem stehen Kredite von 3,9 Millionen Franken auf den Traktanden. Mit 2,1 Millionen ist Kauf und Umgestaltung des OKB-Provisoriums das grösste Geschäft. Es soll als Gemeindehaus und Kindergarten genutzt werden.

Langjährige Mitglieder verabschiedet

Parteipräsidentin Helen Keiser-Fürer verabschiedete auch zwei langjährige Vorstandsmitglieder, die für die CSP auch sonst wichtige Ämter innehatten: die Aktuarin Linda Hofmann (auch Kantonsrichterin) und Kassier Bani Berchtold (Mietervertreter und früherer Kantonsrat). Ersatz für die beiden konnte man bislang nicht finden. So werden alle Chargen auf die wiedergewählten vier Vorstandsmitglieder verteilt: Helen Keiser-Fürer bleibt Präsidentin. Unterstützt wird sie weiterhin von Fritz Hostetmann (Kasse), Anita Schälín (Aktuarin) und Harald Woermann (Beisitz). (cuo)

VCS blitzt vor Gericht ab

Pro Velo und der VCS klagten gegen die Breite der Kombiwege beim Kreisel Büren. Das Gericht trat nicht darauf ein.

Philipp Unterschütz

Eigentlich ging es in der Beschwerde, welche Pro Velo Unterwalden und der VCS Verkehrs-Club der Schweiz Sektion Ob- und Nidwalden gegen den Kreisel Büren im Frühling 2019 eingereicht hatten, um die Kombiwege. Diese seien für Fussgänger und Velofahrer zu schmal ausgelegt, bei Begegnungen komme es deshalb zu gefährlichen Situationen.

Die Beschwerde richtete sich insbesondere gegen den Regierungsratsbeschluss, in dem die Breiten auf 2 Meter festgelegt wurden, obwohl die Kombiwege im vorherigen Auflageverfahren mit 2,5 Metern geplant waren. Pro Velo konnte mit 2,5 Metern leben und zog die zuvor eingereichte Einsprache zurück. Nach der Änderung durch die Regierung forderte Pro Velo deshalb mit dem VCS vor Gericht eine erneute Auflage des Projektes mit Einsprachemöglichkeit.

Verbände kritisieren die Richter

Die Frage der Wegbreiten wurde aber vor Gericht zu einem Nebenschauplatz. Hauptsächlich aus formellen Gründen sei die Beschwerde abgewiesen worden, teilten Pro Velo und der VCS Ob- und Nidwalden gestern mit. «Das Verwaltungsge-



Der Kreisel Büren am Eröffnungstag.

Bild: Urs Hanhart (Büren, 30. Juli 2020)

richt hat sowohl Pro Velo wie auch dem VCS und den drei betroffenen Privatpersonen die Legitimation für die Beschwerde abgesprochen», erklärt Thomas Beck, Co-Präsident von Pro Velo Unterwalden auf Anfrage. Die beiden Verbände verzichteten auf einen Weiterzug an die nächste Gerichtsinstanz.

Der Entscheid der Richter lasse aber erahnen, dass sie die

Sicherheit der Langsamverkehrsteilnehmer nicht als wichtig taxieren, da sie die Reduktion der Wegbreite von 2,5 auf 2 Meter (20 Prozent) nicht als wesentlich und die Situation nicht als gefährlich einstufen, schreiben Pro Velo und VCS in ihrer Mitteilung. Die beiden Verbände stören sich insbesondere daran, dass vom Gericht nicht berücksichtigt werde, dass

sämtliche Fachstellen schweizweit breitere Wege empfehlen. Auch der Kanton Nidwalden erwähne in seinen Merkblättern seit dem 1. Januar 2019 eine minimale Breite von 3 Metern für kombinierte Fuss- und Velowege im Gegenverkehr, sagt Thomas Beck. «Dass eine solch teure, neue Verkehrsanlage ohne ausreichende Berücksichtigung der Sicherheitsansprüche des

Fuss- und Veloverkehrs gebaut werden kann, und dieser Missstand auch noch von einem kantonalen Verwaltungsgericht als konform eingestuft wird, sollte heute nicht mehr vorkommen dürfen», sind sich die beiden Verbände einig. Nach der Abweisung befürchten sie auch, dass die künftige Fortsetzung des Kombiwegs ab dem Kreisel Büren nach Wil, der wohl entlang der Kantonsstrasse zu liegen kommen dürfte, ebenfalls nur 2 Meter breit werden könnte. «Wir werden die weitere Planung genau im Auge behalten», sagt Thomas Beck.

Kanton will einen 2,5 Meter breiten Kombiweg planen

Baudirektor Josef Niederberger sagt auf Anfrage zur Weiterführung des Kombiwegs, dass man die weitere Planung bereits in der landrätlichen Kommission Bau, Planung, Landwirtschaft und Umwelt (BUL) vorbesprochen habe. «Geplant wird die Fortführung des Velo- und Gehwegs ab dem Kreisel Büren bis Wil Oberdorf entlang der Kantonsstrasse mit einer Breite von 2,5 Metern und einem Grünstreifen von 50 Zentimetern.» Ansonsten sei er nicht überrascht über das Urteil. Die vom Gericht indirekt geschützte Breite von 2 Metern entspreche der seit 1994 geltenden Norm.

Alterswohnheim Buochs wird renoviert

Das Gebäude wird ab Frühling erneuert und erweitert. Kosten: Fast 10 Millionen Franken.

Das Alterswohnheim Buochs plant in den nächsten Jahren Renovations- und Erweiterungsarbeiten am bestehenden Gebäude. Die Bauarbeiten sollen voraussichtlich von Frühling 2021 bis Dezember 2022 dauern. Das teilt das Alterswohnheim Buochs in einer Medienmitteilung mit. Den Baukredit von 9,9 Millionen Franken hat der Stiftungsrat an seiner ausserordentlichen Sitzung vor zwei Wochen genehmigt.

Die 30-jährige Infrastruktur soll teilweise erneuert werden. Die Aufenthaltsdauer der Bewohnerinnen und Bewohner nehme ab und der Umfang der Pflegebedürftigkeit sei beim Eintritt höher als früher, heisst es in der Medienmitteilung. Der Anteil an Menschen mit Demenzerkrankungen nehme zu, was neue Anforderungen an die Pflege und Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner stellt.

Anbau erstreckt sich über alle Etagen

Das Kompetenzzentrum für stationäre Pflege und Betreuung sowie für betreutes Wohnen erhält auf allen Abteilungen grössere Aufenthaltsbereiche. Dafür ist ein Anbau auf der Ostseite geplant, der sich über alle Etagen erstreckt. Ein zusätzlicher Lift erhöht die Kapazitäten für Personentransporte. Der Eingangsbereich wird neu gestaltet. Die Res-



Luftaufnahme des bestehenden Alterswohnheims in Buochs.

Bild: PD

tauration auf der Westseite des Hauses wird neu ausgerichtet. Das ermöglicht eine direkte Verbindung zur geplanten Überbauung «5 Freunde», die zahlreiche Alterswohnungen vorsieht. «Wir wollen auch ein Angebot für die neuen Mieter bieten», erklärt

Geschäftsführerin Sarah Frey auf Anfrage. Auch die Küche wird in einer zweiten Phase renoviert und vergrössert.

Ebenfalls angepasst werden die betrieblichen Abläufe. So essen die Bewohnerinnen und Bewohner des Alterswohnheims

Buochs zukünftig nicht mehr alle im Speisesaal im Erdgeschoss. In den verschiedenen Abteilungen sollen neue Essensbereiche entstehen. Die Pflegezimmer und die Alterswohnungen an sich sind vom Umbau nicht betroffen. Der

Umbau der Zimmer ist zu einem späteren Zeitpunkt geplant. Die 75 Bewohnerinnen und Bewohner und die 95 Mitarbeitenden müssen aber mit Lärmmissionen rechnen.

Florian Pfister